

Schwierige Nachbarschaften. Die Ostpolitik der Staaten Ostmitteleuropas seit 1989. Hrsg. von Klaus Ziemer. (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 14.) Verlag Herder-Institut. Marburg 2001. 219 S., Tab., Graphiken (€ 29,-.)

„Osten ist nicht gleich Osten“ – so betitelt Klaus Ziemer seinen Beitrag über die Politik Polens gegenüber der Ukraine, Weißrußland und Litauen, so könnte aber auch das Motto für den gesamten Band lauten, der auf eine Tagung des Herder-Instituts und der Fachkommission für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft sowie für Zeitgeschichte im Johann-Gottfried-Herder-Forschungsrat vom 29. November bis 1. Dezember 1998 in Eschwege zurückgeht. Wenn es – abgesehen vom Niedergang der Visegrád-Kooperation und vom „Wettlauf“ um die besten Ausgangsbedingungen für den EU-Beitritt (Anneke Hudalla, August Pradetto; Karl von Delhaes) – noch eines weiteren Belegs für die gegenwärtig rasch voranschreitende Auffächerung und Pluralisierung der Region Ostmitteleuropa (historische Einführung von Hans Lemberg) bedurft hätte, dann ist die Politik gegenüber den östlichen Nachbarn ein exzellentes Beispiel.

Nur in Polen gibt es mit „polityka wschodnia“ einen etablierten und verbreiteten Begriff in der Landessprache. Gleichzeitig ist Polen dasjenige mitteleuropäische Land, das die wohl aktivste Politik gegenüber seinen östlichen Nachbarn betreibt. Ein Grund hierfür ist sicher die Existenz polnischer Minderheitsbevölkerung im Osten, insbesondere in Litauen (Ekkehard Buchhofer). Eng damit verbunden ist das Bewußtsein eines gemeinsamen historischen Erbes, welches das demokratische Polen selbst mit innenpolitisch problematischen Nachbarn wie der Ukraine und Weißrußland intensive Beziehungen suchen läßt (Klaus Ziemer), während das polnisch-russische Verhältnis stärker von machtpolitischen Auseinandersetzungen um NATO, Kaliningrad und Wirtschaftsbeziehungen gekennzeichnet ist (Stefan Garsztecki). Keinen eigenständigen Begriff für die Ostpolitik gibt es dagegen in Tschechien – laut Jaroslav Valenta ist dies symptomatisch für die gegenwärtige tschechische Außenpolitik, die nicht nur aus ideologischen Gründen die Ostmärkte aufgegeben habe, sondern selbst gegenüber dem ehemaligen Föderationspartner Slowakei kein klares Konzept besitze. Auch in Ungarn ist das Wort „Ostpolitik“ wenig gebräuchlich. Der außenpolitische Blick geht nach Westen, die Beziehungen zu den östlichen Nachbarn (v. a. Rumänien) erschöpfen sich überwiegend in der Klärung von Minderheitenfragen (László Póti, Kathrin Sitzler). Ostpolitik als Rußlandpolitik ist schließlich bis heute konstitutiv für Litauen (Gediminas Vitkus) und die Slowakei (Ivo Samson).

Der sorgfältig redigierte Band bietet eine hervorragende problemorientierte Einführung in wichtige außenpolitische Fragen Ostmitteleuropas und sollte in keiner politikwissenschaftlichen Bibliothek fehlen.

Berlin

Stephanie Zloch

Christian Baechler: L'Aigle et l'Ours. La politique russe de l'Allemagne de Bismarck à Hitler 1871-1945. (L'Europe et les Européens. 19e et 20e siècles, 1.) Verlag Peter Lang. Bern, Berlin u.a. 2001. 437 S. (DM 118,-.)

Historikern gelingen selten längere lesbare Synthesen; dieses Buch ist eine der Ausnahmen. Der Straßburger Historiker Christian Baechler versucht, die deutsche Europapolitik – nicht nur die Rußlandpolitik, wie der Titel verheißt – in einem großen Wurf darzustellen. Die Außenpolitik des Deutschen Reiches zwischen Frankreich und Großbritannien einerseits, Rußland andererseits, mit einer Art Nebenrolle für die Habsburgermonarchie, stellt sich als eine Mischung politischer Strategien und ihres jeweiligen Scheiterns dar. Die Strategien wurzeln für B. in einem fundamentalen Unsicherheitsgefühl des neuen Staates in der europäischen Mittelposition, aus der sich das Reich, die Bedrohung seiner Flanken fürchtend, in eine Verbindung mit Wien flüchtete. Die Bedrohung versuchten Bismarck im Bündnis mit Rußland, Bethmann Hollweg mit Großbritannien (gegen Frankreich) und Stresemann in einem Kollektivbündnis zu minimieren. Existenzängste beherrschten das Denken, die Deutschland in Kriegen (*par un activisme risqué*) zu kompensieren wünschte.

Rußland spielte dabei eine Doppelrolle: als Bedrohung, aber auch als sich anbietender Expansionsraum. Mit ihm verband man Phobien und Hoffnungen. Hier führte dann Deutschland im Zweiten Weltkrieg seine *guerre pour l'utopie*, so eine der Kapitelüberschriften.

Mit diesen einfachen Strukturen analysiert B. die deutsche Außenpolitik – durchaus als politische Geschichte, aber eben auch als ein scheinbar mechanisch funktionierendes Regelwerk und – trotz mancher Hinweise auf innenpolitische Befunde – unter einem klassisch und anachronistisch streng anmutenden Primat der Außenpolitik, das man von einem Mitherausgeber der Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) wohl auch erwartet. Da nimmt es nicht wunder, daß der Autor kaum Zweifel kennt. Das Regelwerk entfaltet sich sehr eindeutig und überzeugend, Forschungs- und Interpretationsprobleme werden nicht thematisiert – allein bei der Behandlung der nationalsozialistischen Judenvernichtung schildert B. die Positionen von Intentionalisten und Funktionalisten, ohne sich zwischen ihnen eindeutig zu entscheiden.

Diese (auch sprachlich) souveräne Narration zu lesen ist ungewohnt. Denn keineswegs ist wirklich alles so klar, wie es hier scheint, nicht immer sind die Motive so unumstritten, wie B. sie darstellt. Und auch die innenpolitische und ökonomische Komponente weitgehend auszuklammern, fordert zu mentalem Widerstand heraus. Aber dennoch: Der Unterschied zu schnell hingeworfenen Übersichten, wie wir sie ja auch kennen, besteht in der Solidität der Quellenbasis (in der es nichts Neues zu entdecken gibt) und der gelungenen Distanziertheit des Autors.

Hamburg

Frank Golczewski

* Diese Rezension erschien auch in: sehepunkte (www.sehepunkte.de).

Heimat und Ethnizität. Über den Umgang mit Fremdheit in Masuren und Schlesien nach dem Zweiten Weltkrieg. Red. Ulrich Mai. (Nordost-Archiv, N.F. 8 [1999], H. 1.) Lüneburg 2001. 408 S., Abb., Tab. (DM 35,-)

Im Rahmen des Forschungsschwerpunktes „Das Fremde und das Eigene“ der Volkswagen-Stiftung haben Wissenschaftler aus Deutschland und Polen versucht, sich dem Phänomen der heutigen Bevölkerung Masurens durch eine Reihe von Feldstudien zu nähern. Im Vordergrund stand dabei die Frage nach der Konstruktion von Heimat durch symbolische Aneignung sowie nach den Dimensionen interethnischer Beziehungen.

Sehr anschaulich beschreiben sieben Autorinnen und Autoren am Beispiel einiger Dörfer im östlichen und nordöstlichen Masuren, wie nach 1945 aus Ukrainern, die durch die „Akcja Wisła“ nach Masuren gelangten, einigen polnischen Familien aus den ehemals grenznahen Gebieten um Suwałki und wenigen Personen der alten einheimischen Bevölkerung eine neue Dorfgemeinschaft und Nachbarschaft entstand. So sorgte die existenzielle Not der Nachkriegszeit für die gegenseitige Annäherung der in großer Ungewißheit über ihr weiteres Schicksal lebenden Gruppen. Die ökonomisch notwendige Tauschwirtschaft half Kontakte über ethnische Grenzen hinweg zu knüpfen, gemeinsame Feldarbeit verband. Die Solidarität der neuen Dorfbewohner manifestierte sich auch im gemeinsamen Kirchenbau, während zugleich die religiöse Bindung für die Beibehaltung der ethnischen Substanz sorgte. Die physische Aneignung des Raumes fand schließlich durch die Anwendung von Verhaltensmustern statt, die aus der „alten Heimat“ stammten. So schlossen beispielsweise die aus der Ukraine gekommenen Familien die meist mit einem Vorbau versehenen Vordereingänge der Häuser, mauerten sie gar zu und begnügten sich mit der in der Ukraine allein üblichen und intimeren Hoftür. Zugleich gab es aber auch die Bereitschaft, von der alteingesessenen Bevölkerung zu lernen, etwa im Bereich der Vorratshaltung. Dennoch verfestigten sich im kollektiven Gedächtnis der lokalen Gesellschaften auch altbekannte Stereotypen die sich vor allem auf den baulichen und wirtschaftlichen Zustand der Dörfer vor 1945 und heute beziehen. Häufig genug stehen diese zugleich im Widerspruch zu den individuellen Beziehungen der in den vorliegenden Beiträgen akribisch